

Zeitung und Medienkompetenz als pädagogische Aufgabe

Zur Theorie und Praxis einer Bildung zur Kommunikationsfähigkeit

Schule wie außerschulische Bildung können die Tatsache nicht ignorieren, dass wir in einer von Medien geprägten Welt, in einer "Medien- und Informationsgesellschaft" leben. Dadurch wird die Vermittlung von Medienkompetenz zu einer der zentralen Aufgaben von (politischer) Bildung und Schule.¹ Medienerziehung ist eine zentrale schulische Aufgabe im Zusammenhang mit den allgemeinen und verbindlichen Erziehungs- und Bildungsvorstellungen,² denn mündiger Staatsbürger wird nur derjenige sein können, der sich der Medien in kompetenter Weise bedienen und wirtschaftliche Prozesse zu durchschauen gelernt hat.³ Dazu bedarf es aber vor allem einer längst überfälligen Öffnung der Schulen. Die Zusammenarbeit mit einer Zeitung ist ein geradezu idealer Weg dazu, denn Chancen und Gefahren der Medien können nur dann erkannt werden, wenn Schülerinnen und Schüler den realen und effektiven Umgang mit dem Nachrichten- und Informationsmedium Zeitung kennen. Dazu bedarf es der Differenzierung zwischen Sachverhalt und Meinung, Information und Kommentar. Durch die Reflexion über die Wirkung von Sprache und die dadurch gewonnene kritische Distanz werden wichtige Kompetenzen gewonnen, die mit den Methoden der Projektarbeit vermittelt werden können. Das Schreiben eigener Artikel befähigt zu solchen Kompetenzen.⁴

Medienerziehung als Bildungsarbeit

Angesichts der flüchtigen Medien der Unterhaltungsindustrie, die tagtäglich Jugendliche in ihren Bedürfnissen und ihrem Anspruchsdenken beeinflussen, stellt das Massenmedium Tageszeitung geradezu antiquierte Ansprüche an seine Leserinnen und Leser. Beharrlichkeit, die Möglichkeit, das Gedruckte nochmals zu rezipieren, die Eigenleistung, die das Lesen von Texten gegenüber dem bloßen Konsumieren von oft schnell wechselnden Bildern mit akustischem Hintergrund auszeichnet, vermittelt die notwen-

dige Distanz, die selbsttätiges Handeln und Lernen gegenüber den meist unvermittelten Eindrücken von visuellen Reizen erfordert.

Dabei ist eine Unterrichtseinheit über den sachgerechten und verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Medium zugleich auch eine Auseinandersetzung mit medienpädagogischen Fragestellungen, die am ehesten handlungsorientiert und mit den Methoden des Projektunterrichts nutzbringend und fruchtbar vermittelt werden können. Das möglichst realitätsnahe Erschließen der Arbeitsweise eines Redakteurs bzw. eines Redaktionsteams sowie das Eindringen in die zeitungsspezifischen Sachverhalte der Auswahl und Produktion von Nachrichten sollen es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, die Brücke zwischen dem als Massenprodukt überall erhältlichen und deshalb mitunter gering geschätzten Massenmedium Zeitung mit dem tatsächlichen Stellenwert dieses noch immer bedeutsamsten Informationsvermittlers zu erschließen. Schließlich ist die Zeitung nicht zuletzt immer auch ein Einzelexemplar, das durch seine vielfache Auflage besonders preisgünstig ist und als ein sehr mobiler und flexibler "Lernort" ganz besondere und einmalige didaktische Qualitäten hat. Darüber hinaus kann die Präsentation selbst entwickelter Zeitungsbeiträge zu einer verstärkten Identifikation mit dem Lebensraum Schule beitragen.⁵ Als aktuelle Wissens- und Informationsquelle für viele Bereiche und Interessen ist sie ein vielfach einsetzbares Lernmittel für fast alle Schulfächer.

Jede schulische Beschäftigung mit dem Medium Zeitung sollte daher vom Umgang mit dem Einzelexemplar für jeden Schüler innerhalb der Klasse ausgehen. Durch ihre Orientierung an den Realitäten fast aller Lebensbereiche ist die Zeitung zugestandenermaßen vielfach sehr schnelllebig und häufig spektakulär, andererseits ist sie gerade wegen dieser Eigenschaften in vielen Fällen der Vermittler, der Schlüssel oder das Vehikel zu vielen anderen außerschulischen Lernorten gerade der politischen Bildung,

**Dr. Andreas
Brunold**

Marienburgerstr. 3
71522 Backnang

wie etwa zum Gemeinderat, zum Kreis- oder Landtag, zum Gericht, zur Arbeitswelt, zum Freizeitbereich oder zu Sport und Kultur.⁶

Das Projekt "Zeitung in der Schule"

Der Anstoß zu diesem Projekt ging von einer Initiative der Stuttgarter Zeitung aus, die über einen Zeitraum von drei Wochen die tägliche Lektüre ihrer Tageszeitung als Projekt "Zeitung in der Schule" den Schulen im Raum Stuttgart anbot. Doch schon in der Vorbereitungsphase des Projekts reiften die Überlegungen, die ausgetretenen Pfade der im Redaktionshaus der Stuttgarter Zeitung vorgestellten Konzeption zu verlassen, denn es konnte bei der großen Anzahl der teilnehmenden Schulen seitens der Stuttgarter Zeitung nicht garantiert werden, dass die erarbeiteten und eingesandten Artikel einer Klasse tatsächlich abgedruckt werden würden. So hatte dieses Projektangebot doch einen etwas unverbindlicheren Charakter, zumal offensichtlich auch vermieden werden sollte, dass Schülerarbeiten, für die eine spezielle Seite mit der Überschrift "Zeitung in der Schule" vorbehalten war, zu stark in die Bereiche der politischen Redakteure eingriffen. Ganz ins Bild des Projekts als marketingtaugliche Strategie zur Gewinnung neuer Leser passte es, dass bevorzugt nur Themen wie Arbeitsgemeinschaften, Schulfeste etc. aufgegriffen und verfasst werden sollten.

Bei den weiteren Vorbereitungen erwies es sich in der Folge als sehr hilfreich, die Redaktion der Lokalzeitung vor Ort, die Backnanger Kreiszeitung, in das Projekt einzubinden, um damit die Unterschiede zwischen einer großen Regionalzeitung und einer kleineren Lokalzeitung mit fremdem Mantel herausarbeiten zu können. Dieses Vorgehen bzw. diese didaktische Perspektive und Zielsetzung erwies sich letztlich als äußerst Gewinn bringend, da diese Zeitung eine eigene Sonderseite ermöglichen sollte.

Nach einer Einführung in die verschiedenen Stilformen der Pressearbeit und Berichterstattung, bei der vor allem die journalistische Bandbreite sowie Arbeitstechniken und Darstellungsformen wie Leserbrief, Interview, Bericht oder Nachricht vorgestellt und erörtert wurden, bot sich innerhalb des Umfeldes der Stadt Backnang bzw. an tagespolitischen Themenstellungen gebunden ein weites Feld möglicher Ansatzpunkte an.

Die journalistischen Arbeitstechniken und unterschiedlichen Darstellungsformen wurden vom Lehrer präsentiert bzw. vorgeschlagen, die

jeweiligen Themen wurden in einem gemeinsamen Suchprozess von den Schülern selbst gewählt. Besonders interessant versprach die Berichterstattung über eine Sitzung des Petitionsausschusses des baden-württembergischen Landtages in Backnang zu werden, die Gegner einer Vergrößerung der Kreismülldeponie in Backnang/Steinbach gegen die Absichten der Landkreisverwaltung Rems-Murr angestrengt hatten. Eine Begehung derselben schloss sich an. Ebenfalls tagespolitisch aktuell war ein Interview mit dem Backnanger Oberbürgermeister über die Planungen der Stadt Backnang zur Bewerbung und Ausrichtung der Landesgartenschau. Sodann schalteten sich die Schülerinnen und Schüler in die seinerzeit hochkochende Diskussion über eine Änderung d.h. Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ein, äußerten in einem Leserbrief ihre Kritik an der bevorstehenden Rechtschreibreform und zogen ein Resümee zu einer Veranstaltung der Volkshochschule, die im Rahmen der LiteraTour, einer kulturellen Veranstaltungsreihe von ansässigen Schulen in Zusammenarbeit mit der Stadt, stand. Allgemeine Meinungs- und Stimmungsbilder innerhalb der Backnanger Bevölkerung, die u.a. ihre kontroversen Ansichten zu Großprojekten, zur Mitbestimmung bei Planungsvorhaben oder zur Attraktivität der Innenstadt kundtaten, wurden unter Passanten in der Innenstadt durch Befragungen erhoben.

Didaktische und handlungsorientierte Dimensionen

In diesem breit gefächerten Kontext kamen emotionale Elemente "politischer Bildung" ins Spiel, was grundsätzlich in Bezug auf Lernerfolge positiv zu bewerten ist. Das offene Austragen von Konfliktfällen macht den Schülerinnen und Schülern viel eindringlicher die Eigenschaften und Grenzen privat-rechtlicher und öffentlich-rechtlicher Strukturen in den Massenmedien klar als eine theoretisch angelegte Analyse mit Schaubildern, Statistiken und Gesetzestexten und bietet darüber hinaus die Chance des demokratischen Meinungs-austausches. Deshalb sollte auf die jugendlichen "Redakteure" auch kein Druck ausgeübt werden, selbst wenn die Tendenzen der Beiträge manchem missfallen.⁷

In der Fachdidaktik besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass es ein fundamentales Lernziel des Politikunterrichts sein muss, bei Schülerinnen und Schülern Verständnis für Politik zu wecken und Einsichten in politische Zusammenhänge zu ermöglichen. Die Verwirklichung die-

ses Zieles setzt allerdings voraus, dass die Lehrenden selbst eine konkrete Vorstellung davon haben, was Politik kennzeichnet, denn nur wer in dem komplexen und oft unübersichtlichen Feld der Politik selbst Orientierungspunkte hat, kann anderen Wege der Orientierung öffnen.⁸

Um solch einen Politikbegriff zu entwickeln, muss man die institutionelle Dimension (polity), die normativ-inhaltliche Dimension (policy) und die prozessuale Dimension (politics) des Politischen unterscheiden können. Ein solches, breit angelegtes Verständnis von Politik ist unumgänglich, wenn man den Blick für die Fülle politischer Wirklichkeiten und Möglichkeiten bewahren und nicht vorfindbaren Politikverständnissen und Politikwirklichkeiten aufsitzen will.⁹ Ein vorrangiges Ziel dabei ist es also nicht nur, das Medium Zeitung als Instrument der Meinungsbildung zu erkennen, sondern es auch in der späteren Rolle des verantwortlichen Staatsbürgers zu nutzen und kritisch hinterfragen zu können. Vor dem Hintergrund dieses Anspruches und der fachwissenschaftlich notwendigen und sorgfältigen Einarbeitung in die Sach- und Themenbereiche erscheint der "Beutelsbacher Konsens" als ein Minimalkonsens, indem er eine offene didaktische Perspektive fordert, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, zu eigenständigen und unterschiedlichen Urteilen zu gelangen. So versetzen das Überwältigungsverbot sowie das Kontroversitätsgebot die Schüler in die Lage, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.¹⁰ Somit bildet die Urteilsfähigkeit die Voraussetzung für Partizipationsfähigkeit und Handlungskompetenz. Ohne ein eigenes, begründetes Urteil über politische Programme, Leistungen oder Personen kann der Bürger an Politik nicht in der Weise teilnehmen, dass er seine eigenen wohlverstandenen Interessen fördert. Er wird manipuliert, wird Objekt einer Politik, die anderen nützen mag, aber keine Gewähr dafür bietet, dass sie seinen eigenen Interessen entspricht.¹¹ Handlungskompetenz meint in diesem Sinne aber auch vor allem die politikrelevante Methodenkompetenz der Schüler.¹² Diese Kompetenzen werden in erster Linie in einem Politikunterricht erworben, der praktisches, forschendes, problemlösendes, soziales, kommunikatives, projektartiges und ganzheitliches Lernen favorisiert.

Die Projektmethode ermöglicht dabei in besonderem Maße auch die Berücksichtigung, Kombination und Gewichtung der unterschiedlichen

Lernebenen, indem sie kognitive, motorische und affektive Anreize auf dem jeweiligen Niveau der Zielgruppe anzubieten vermag.¹³ Damit erkennt sie dem Primat der Handlung im Erkenntnisprozess eine zentrale Bedeutung zu. Dies setzt allerdings ein verändertes Rollenverständnis von Schülern und Lehrern voraus, das der Selbstorganisation und der methodischen Vielfalt von Lernprozessen den größtmöglichen Spielraum eröffnet. Wie vom Autor bei dem Projekt beispielhaft umgesetzt, sollte von der Planungsphase über die Handlungsmuster der Grad der Schülerbeteiligung

- durch Informationsbeschaffung (Materialbeschaffung bzw. Recherchen, Schriftverkehr mit Institutionen und Politikern, Befragungs- und Interviewtechniken, Fotografieren, Tonaufzeichnungen)
- durch Informations- und Problembearbeitung (Referate/Berichterstattung, Materialanalysen, Anwendung journalistischer Techniken, Moderation, Argumentation und Diskussion) sowie
- durch Ergebnisreflexion und -darstellung (Dokumentation und Abdruck der Projektarbeit als Sonderseite "Zeitung in der Schule")

optimiert werden.

Der Anspruch, Politik erfahrbar und greifbar zu machen, erfordert folglich ein Abrücken von konventionellen deduktiven Vermittlungsstrategien, die sich in erster Linie auf die Beschäftigung mit reinem Struktur- und Sachwissen konzentrieren. Rationale politische Bildung setzt dagegen die didaktisch-methodisch geleitete kognitive, kommunikative und ganzheitliche Auseinandersetzung mit der Politik als Prozess voraus, die dem Wandel und den sich immer schneller ändernden Lebensbedingungen und Wissensbeständen in der modernen Industriegesellschaft gerecht wird.

Leider gibt es eine Scheu von Lehrern vor handlungsorientiertem Unterricht. Diese wird nicht zu Unrecht meist mit den restriktiven schulischen und curricularen Rahmenbedingungen begründet. Starre, auf Kontrolle abzielende Strukturen und bürokratisch auszulegende Lehrpläne, geringe Mitsprachemöglichkeiten und zu wenig Freiräume lassen selbst engagierte Lehrerinnen und Lehrer immer öfter resignieren. Unternehmen stellen verstärkt fest, dass Schulabgänger Teamarbeit und selbstverantwortliches Arbeiten erst noch lernen müssen. Was als Schlüsselqualifikation (z.B. soziale Kompetenz, Problemlösungsfähigkeit, kommunikative Kompetenz

oder Kreativität) vorab gefordert werden muss, wird im gegenwärtigen Schul- und Bildungssystem allenfalls ungenügend vermittelt. So sind beim Lernen nach wie vor Einzelstunden bzw. ein Dreiviertelstundentakt die Regel, so als müsste die Jugend auf zukünftige Lohnarbeit am Band eingestellt werden. Obwohl diese Umstände und Mängel in den zuständigen Ministerien bekannt sind und als dringend zu lösende Probleme angesprochen werden,¹⁴ scheint der Weg vom Kopf zur Hand bzw. der von theoretischen Absichtserklärungen hin zur Praxis noch weit zu sein.

Oft wird auch eingewendet, man treibe mit handlungsorientiertem Unterricht vordergründigen Aktionismus, der den Schülerinnen und Schülern zwar Spaß mache, aber sonst nicht viel bringe. Hinter diesen Ansichten verbirgt sich die Befürchtung, dass in einem solchen Unterricht nicht genug Fachwissen vermittelt werde, was jedoch zumeist als eine Folge davon zu werten ist, dass vielen Lehrenden eigene Erfahrungen und Kompetenzen im Umgang mit handlungs- und erfahrungsorientierten Methoden fehlen.¹⁵ Handlungsorientierter Unterricht ist sehr viel aufwändiger als konventioneller Unterricht und verlangt von den Lehrerinnen und Lehrern eine differenziertere und aufmerksamere Arbeit. Darüber hinaus müssen handlungsorientierte Methoden im Interesse eines möglichst großen Repertoires selbst immer wieder erprobt und eingeübt werden.

Die Bedeutung der Medienpädagogik

Auch unter medienpädagogischen Aspekten hat ein Zeitungsprojekt einen hohen Stellenwert, will man die medienpraktische Eigentätigkeit fördern. Im Vergleich mit der Arbeit am Ton- oder Videoband sowie vom Zeit- und Kostenaufwand her ist die Herstellung einer Zeitungsseite weit weniger aufwändig. Auch sind Zeitungsbeiträge in überschaubaren Zeiträumen eher abzuschließen als z.B. zeitraubende Video-Produktionen. Somit stellt die Projektarbeit mit der Zeitung einen Idealfall der politischen Bildungsarbeit dar, da jeder Schüler mehr oder weniger die Tageszeitung von zu Hause aus kennt und je nach inhaltlichen Präferenzen zumindest unregelmäßig darin liest.¹⁶

Nachdem der Konsum elektronischen "Fast-foods" aus bis zu 30 Fernsehkanälen oder aus dem Videorekorder inzwischen die Jugendlichen oft in eine Scheinwelt entführt und sie mitunter unempfindlich macht für die wahren Probleme

im wirklichen Leben, erscheint dieser medienpädagogische Ansatz geradezu als dringlich geboten. Während der "erwachsene Bundesbürger" im Durchschnitt immerhin 28 Minuten lang täglich Zeitung liest, verbringen die 14- bis 19-jährigen täglich durchschnittlich 125 Minuten vor dem Fernseher. Noch länger, nämlich 142 Minuten hören sie Radio. Dagegen lesen 66,5 % der 14- bis 19-jährigen täglich eine Zeitung, und dies durchschnittlich etwa 16 Minuten lang.¹⁷

Nach einer repräsentativen Studie des Instituts für Demoskopie in Allensbach aus dem Jahr 1993 kann ein Projekt "Zeitung in der Schule" deutliche Erfolge aufweisen, was das langfristige Lektüerverhalten von Jugendlichen angeht. So lesen junge Leute zwischen 19 – 29 Jahren, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, zu 78 % täglich eine Lokalzeitung, wenn sie einmal an einem Projekt "Zeitung in der Schule" teilgenommen haben. Bei der Gründung eines eigenen Haushalts haben 65 % derjenigen, die an einem solchen Projekt teilgenommen haben, eine lokale Tageszeitung abonniert, demgegenüber jedoch nur 36 % von nicht teilnehmenden.¹⁸

Gerade auf dieser Stufe des Lernprozesses politischer Sozialisation ist, nach dem didaktischen Prinzip des "learning by doing", der größtmögliche Nutzen in der Eigentätigkeit der Schüler zu sehen. Der sichtbare Lernerfolg wird sich jedoch erst dann nachhaltig einstellen, wenn die Schüler die Möglichkeit eingeräumt bekommen haben, durch einen Abdruck den Wert ihres Tuns selbst wieder erkennen zu können.

Der Lehrer bzw. die Lehrerin sollte daher in der Regel lediglich als Moderator(in) in Erscheinung treten. In ihrer Vermittlungsfunktion stellen sie den Kontakt zu den Interview- und Gesprächspartnern her, ermöglichen Fahrgelegenheiten sowie den Informationszugang für die notwendigen Recherchen und leisten orthografische und grammatikalische Hilfen. In der Endredaktion führen sie die Verhandlungen mit dem das Projekt betreuenden Zeitungsredakteur, redigieren die Schülerbeiträge und arbeiten am Lay-Out einer Sonderseite mit.

Der besondere Wert des Projekts "Zeitung in der Schule" erschließt sich also nicht so sehr im fächerverbindenden Unterricht, sondern stellt v.a. die Methoden in den Vordergrund. Handlungsorientiertes Lernen in Verbindung mit der Aneignung von Methodenkompetenz sind die entscheidenden und nutzbringenden Ziele eines solchen medienpädagogischen Projekts, verknüpft mit der Erfahrung von außerschulischen

Lernorten, die unmittelbare Erfahrungen und originäre Einblicke in lokale politische Strukturen ermöglichen.

Beispiele aus den Schülerarbeiten

Äußerst wertvoll für das Handeln und das politische Verständnis von Entscheidungsträgern auf kommunaler, auf Kreis- wie auch auf Landesebene war für die Schülerinnen und Schüler die Reaktion des Landratsamtes auf die Berichterstattung der Sitzung des Petitionsausschusses des Landtages über die geplante Erweiterung der Kreismülldeponie in Backnang/Steinbach, der schon ein jahrzehntelanger Streit mit dort betroffenen Gegnern und einer Bürgerinitiative vorausgegangen war. Der Klasse, aus der eine Arbeitsgruppe sowohl über die Sitzung berichtete als auch im Umfeld recherchierte, bot sich dann die Gelegenheit, einen Besuch im Landratsamt in Waiblingen als weiteren außerschulischen Lernort wahrzunehmen, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen. Waren es zuerst die Schüler, die auf der Sonderseite der Backnanger Kreiszeitung über Sachverhalte der Kreispolitik berichteten, so wurden vom Landratsamt nun zugleich drei Redaktionen (die "Backnanger Kreiszeitung", die "Stuttgarter Nachrichten" sowie die "Stuttgarter Zeitung") eingeladen, um wiederum über den von einer Arbeitsgruppe verfassten Artikel zur Kreismülldeponie zu berichten, der zweifellos die Abfallwirtschaftspolitik des Landkreises in einem kritischen Licht erscheinen ließ.

Nicht zuletzt bot den Schülern auch das Interview mit dem Backnanger Oberbürgermeister zur Bewerbung der Stadt um die Landesgartenschau Einblicke in kommunales Verwaltungshandeln. Leider wurden die Antworten im Text des aufgezeichneten Gesprächs im Nachhinein mehrfach vom Oberbürgermeister geändert, sodass die Arbeitsgruppe sich nur noch in den gestellten Fragen wieder fand.

Im Nachhinein muss festgestellt werden, dass die Gespräche im Landratsamt Waiblingen sowie im Rathaus Backnang wertvolle Impulse für die Erweiterung des politischen Erfahrungshorizonts gebracht haben, denn die prozessuale Dimension, die auf die Vermittlung von Interessen durch Konflikt und Konsens abstellt und der ständigen Willensbildung bedarf, kann durch das alleinige Studium der Institutionen oder der Inhalte nicht begriffen werden. Sie verknüpfte vielmehr diese mit der inhaltlichen Dimension des Politischen, sodass das Begreifen demokratischer Politik in einer modernen pluralistischen

Gesellschaft möglich wurde, die immer wieder vor der Notwendigkeit steht, Positionen und Entscheidungen zu korrigieren oder zu revidieren und nach neuen Lösungen zu suchen. Gelingt es nicht, Jugendlichen dafür ein Verständnis zu vermitteln, wird ihnen das beharrliche Bemühen um Teillösungen in einer Kette konflikthafter, gewaltenteilig kontrollierter und ständig korrekturbedürftiger Lösungsversuche leicht unansehnlich erscheinen im Vergleich zu vereinfachenden Verheißungsmodellen von rechts und links.¹⁹ Auch kam es darauf an zu zeigen, dass politische Lösungsentwürfe und darauf basierende politische Entscheidungen den Keim der Korrektur oder Revision bereits in sich tragen, warum dies notwendigerweise so ist und dass ohne diese Selbstbescheidung, auf der die Politik in der Demokratie beruht, die Freiheit ständig gefährdet wäre. Für ein Verständnis der Politik als Problemverarbeitung spricht letztlich auch, dass politisches Handeln zunehmend durch das öffentliche Bewusstsein geprägt wird, Politik müsse ein bestimmtes Niveau erfolgreicher Problemlösung erzielen. Zeige Politik dieses Maß an Problemlösungsfähigkeit nicht, leiste sie damit einer zunehmenden Politikverdrossenheit Vorschub.²⁰

Über den individuellen Bereich und den der Bildung hinaus können auch Wege der "zivilen Politik" aufgezeigt werden, wie sie gerade auch in der Frage der Erweiterung der Kreismülldeponie, also im Bereich der Umweltpolitik und damit auch der Umweltbildung, verlangt und eingefordert werden müssen. Als Schlüsselkompetenzen bei der Institutionalisierung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung und der damit eng verbundenen Beteiligung an Verständigungs- und Entscheidungsprozessen gelten dabei die Fähigkeiten der Reflexion, der Antizipation bzw. Kommunikation sowie der Partizipation.²¹ Vor allem die Partizipationsfähigkeit, also die Teilhabe an den öffentlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen, müsste dann in viel differenzierteren Kontexten als bisher erworben werden. Als weiteres Schlüsselprinzip gilt die "Retinität", also die Fähigkeit des Denkens in vernetzten Zusammenhängen, die das Selbstverständnis von Umweltbildung als fächerübergreifender politischer Bildung stärker herausfordert als alle bisherigen Konzepte.²²

Die tatsächlichen politischen Weichenstellungen gaben den Schülern denn auch wenig später Recht, denn der ausgehandelte Vertrag zwischen der Stadt Backnang und dem Landkreis sah eine wesentliche Verkleinerung der Mülldeponie um rund ein Drittel der Fläche und des ursprünglichen Volumens von etwa 3,2 auf rund 2,1 Milli-

onen Kubikmeter vor, sowie eine Beschränkung der Laufzeit bis zum Jahr 2027, sodass keine weiteren Waldrodungen mehr notwendig waren. Auch der Landtag von Baden-Württemberg entschied in diesem Sinne auf Grund der Beschlussempfehlung seines Petitionsausschusses.²³

Anmerkungen

- 1 DIECKMANN, ERNST-GÜNTER, Medienerziehung als Aufgabe politischer Bildung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch politische Bildung, Bonn 1997, S. 373.
- 2 Bund-Länder-Kommissionen für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Medienerziehung in der Schule – Orientierungsrahmen, Bonn 1995, S. 15.
- 3 Vgl. BRAND, PETER / SCHULZE, VOLKER (Hrsg.), Die Zeitung – Medienkundliches Handbuch, Aachen 1995.
- 4 Vgl. BRAND, EVA / BRAND, PETER / SCHULZE, VOLKER (Hrsg.), Die Zeitung im Unterricht – Medienkundliches Handbuch, Aachen 1995.
- 5 DIECKMANN, ERNST-GÜNTER, a.a.O., S. 382.
- 6 SETZEN, KARL, Zeitung als außerschulischer Lernort?, in: Ackermann, Paul (Hrsg.), Politisches Lernen vor Ort, Außerschulische Lernorte im Politikunterricht, Stuttgart 1988, S. 39.
- 7 DIECKMANN, ERNST-GÜNTER, a.a.O., S. 382.
- 8 ACKERMANN, PAUL / BREIT, GOTTHARD / CREMER, WILL / MASSING, PETER / WEINBRENNER, PETER (Hrsg.), Politikdidaktik – kurzgefaßt, Planungsfragen für den Politikunterricht, Bonn 1995, S. 17.
- 9 ROHE, KARL, Politikbegriffe, in: MICKEL, WOLFGANG (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bonn 1986, S. 353.
- 10 WEHLING, HANS GEORG, Konsens à la Beutelsbach, in: Breit, Gotthard/Massing, Peter (Hrsg.), Grundfragen und Praxisprobleme der politischen Bildung, Bonn 1992, S. 126.
- 11 ACKERMANN, PAUL / BREIT, GOTTHARD / CREMER, WILL / MASSING, PETER / WEINBRENNER, PETER (Hrsg.), a.a.O., S. 81.

- 12 KLIPPERT, HEINZ, Handlungsorientierter Politikunterricht, in: Methoden der politischen Bildung – Handlungsorientierung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 304), Bonn 1991, S. 9.
- 13 Vgl. KAMINSKI, HANS, Projektmethode, in: MICKEL, WOLFGANG/ZITZLAFF, DIETRICH (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung, Bonn 1988, S. 271-275.
- 14 Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 5.9.1998.
- 15 KLIPPERT, HEINZ, Durch Erfahrung lernen, in: Erfahrungsorientierte Methoden der politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 258), Bonn 1988, S. 90.
- 16 SETZEN, KARL, a.a.O., S. 41.
- 17 Vgl. die Homepage des Instituts zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren (IZOP) GmbH: <http://www.izop.de>
- 18 Vgl. IZOP GmbH, <http://www.izop.de/ZiSch>, S. 5 f.
- 19 ACKERMANN, PAUL/ BREIT, GOTTHARD/ CREMER, WILL/MASSING, PETER/ WEINBRENNER, PETER (Hrsg.), a.a.O., S. 23.
- 20 MAYNTZ, RENATE, Problemverarbeitung durch das politisch-administrative System: Zum Stand der Forschung, in: Hesse, Joachim Jens (Hrsg), Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft (PVS-Sonderheft 13), Opladen 1982, S. 84.
- 21 DE HAAN, GERHARD / HARENBERG, DOROTHEE, Nachhaltigkeit als Bildungs- und Erziehungsaufgabe, Möglichkeiten und Grenzen schulischen Umweltlernens, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung, Der Bürger im Staat, 48 Jhrg., Heft 2 1998, S. 103.
- 22 Vgl. CLAUBEN, BERNHARD, Politische Bildung, Lernen für die ökologische Demokratie, Darmstadt 1997.
- 23 Siehe Landtagsdrucksache 12/1770, in der die Entscheidung des Landtags vom 11.12.1997 über die Petition 11/7246 begründet wird.

Projekt „Zeitung in der Schule“	
Entwicklungsschritte	Wirkungen sowie angestrebte Kompetenzen bzw. Einsichten
Zielsetzung des Projektes. Aufbau einer Tageszeitung und Erläuterung der verschiedenen Textsorten und Darstellungsformen.	Einblicke in die Formen der Berichterstattung, der Ressorts und Finanzierung einer Tageszeitung.
Erläuterung der Arbeit eines Redakteurs und Vorstellung journalistischer Arbeitsmittel und Techniken. Rechtliche Grundlagen (Grundgesetz und Pressekodex).	Einsicht in die Notwendigkeit der Recherche sowie Informationsverarbeitung- und filterung als Problem. Erkennen rechtlicher Bestimmungen und Grenzen.
Vergleichende Medienanalyse (u.a. Zeitungen – Fernsehen), Themenfindung aus der aktuellen Tagespolitik und Einteilung der Arbeitsgruppen.	Anleitung zum kritischen Medienkonsum und zur Zeitungslektüre. Differenzierung verschiedener Medien und ihrer Möglichkeiten
Erarbeiten der Thematiken und Recherchen anhand der Darstellungsformen der Zeitungsberichterstattung, u.a. durch Interviews, Passantenbefragungen, Teilnahme an Pressekonferenzen, Leserbriefe etc.	Einblicke in die Strukturen und Verflechtungen von lokaler Politik, der Öffentlichkeit sowie in das Verwaltungshandeln der Stadt Backnang und des Landkreises Rems-Murr.
Zusammenführen und Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Erfahrungsaustausch und Moderation des Prozesses.	Erfahrungen mit fächerübergreifendem Unterricht, außerschulischen Lernorten sowie mit Methoden politischer Bildung.
Zusammenarbeit mit der Zeitungsredaktion und Redaktionsbesuch. Mitarbeit bei der Erstellung des Lay-Outs einer Sonderseite.	Einblicke in die reale Redaktionsarbeit. Projekt als „Mikrokosmos“ der Wirklichkeit.
Eventuell (wie hier geschehen) weitere Aktivitäten wie Einladungen bzw. Diskussionen mit Betroffenen, z.B. dem Landratsamt. Exemplarisches Aufarbeiten der Thematik der Abfallwirtschaft bzw. der Müllentsorgung.	Autochthones Erleben von Politik als Prozess einander widerstreitender Interessen und Abwägungen. Meinungsbildung der Öffentlichkeit in Gestalt einer Bürgerinitiative und dem Landratsamt. Konsensfindung durch vertragliche Festlegung mit Hilfe der Landespolitik.